

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1986)

Heft: 1: Frische Luft

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bund gibt sich energiebewusst

An einer Pressekonferenz vom 11. Februar 1986 bei ca. 1 EMPA in Dübendorf hat das Amt für Bundesbauten (AFB) eine Pilot-Gas-Heizöl-Feuerungsanlage vorgeführt, bei welcher der Ausstoss an Stickoxiden (NO_x) auf einen sehr tiefen Stand herabgesetzt wird. Die Anlage ist im Hinblick auf die am 1. März 1986 in Kraft tretende Luftreinhalteverordnung besonders aktuell.

Der «Low-NO_x»-Brenner kann für Anlagen ab ca. 1 MW Leistung eingesetzt werden. Die Messungen ergaben bei der Verfeuerung von Heizöl «extra-leicht» einen Stickoxid-Gehalt (NO_x) von 100 bis 125 mg/m³ und beim Erdgas einen solchen von 40 bis 80 mg/m³. Das heisst, dass gegenüber herkömmlichen Gas-Öl-Brennern nur noch 25% Stickoxide ausgestossen werden.

Im Falle der Heizzentrale der EMPA in Dübendorf gelang es, mit der Umstellung von Heizöl «schwer» auf eine Kombination Erdgas/Heizöl «extra-leicht» und mit dem Einsatz dieses neuartigen Brenners den Stickoxid-Ausstoss um 90% zu vermindern. Damit wurde eine Möglichkeit einer signifikanten Herabsetzung dieser Emission mittels umweltfreundlicher Feuerungssysteme aufgezeigt. *Amt für Bundesbauten Febr. 86*

Schnee und Kommerz aus der Kanone

Der Schweizerische Verband der Seilbahnunternehmungen rechnet nach dem schneearmen Dezember 1985 mit Ertragsausfällen in Millionenhöhe. Deshalb erwägt nun eine Reihe von Winter-sportorten in der Schweiz den Einsatz von Schneekanonen, um Launen der witterwandelnden Natur masschnell auszugleichen. Naturschützer warnen den massiven Einsatz von Schneekanonen als weiteren Eingriff der weissen Industrie in den ohnehin schon übermässig beanspruchten Naturhaushalt der Bergregionen (...)

Das Schneesystem gewährleistet eine direkte Flächenbeschneuerung, lässt sich vom Kompressorenraum aus weitgehend zentral und automatisch bedienen, mit dem Risiko allerdings, dass die einzelnen Düsen bei wechselndem Wind den Schnee neben die Piste blasen. Die zu installierende Leistung für solche Anlagen ist sehr hoch. In Savognin, wo Schneekanonen dieses Systems nun schon seit neun Jahren eingesetzt werden, mussten 1,8 Megawatt zusätzliche Leistung installiert werden, was dem übigen Bedarf der Gemeinde entspricht. Die Schneekanonen brauchen pro Betriebsstunde maximal 1000 Kilowatt. Nach Angaben des «Beobachters» bedarf die Walliser Skistation Thyon 2000 für die Schneeproduktion 630 Kilowatt elektrischer Energie, was dem Haushaltbedarf aller 430 Apartments des Skioortes entspricht. Für die sogenannte Erstbeschneuerung der 3,3 Kilometer langen Piste steht die Anlage während 130 Stunden im Einsatz (...)

In der Dezember-session hat Nationalrätin Ursula Mauch (SP, Aargau) eine einfache Anfrage eingereicht, die sich mit dem aus ihrer Sicht fragwürdigen Trend zur Schneekanone auseinandersetzt: «Erachtet es der Bundesrat als richtig, wenn zunehmend fast jede naturgegebene Un-

zulänglichkeit im touristischen Angebot durch sehr hohen Energieaufwand künstlich überbrückt wird? (...) Die Nationalrätin möchte vom Bundesrat auch wissen, wieweit gesetzliche Möglichkeiten bestehen, Bewilligungen für solche Schneekanonen auf Ausnahmefälle zu beschränken. Der Streit um Schneekanonen am Corvatsch, wo die Pro Surlej aus ökologischen Gründen Einsprache gegen den Bau einer Hydrantenleitung erhoben hatte, zeigt, dass man den Schnee aus der Kanone rechtlich noch nicht zweifelsfrei erfasst hat.

Der Stil dieses Beitrages, der im Original den Untertitel «Verstärkte Nachfrage nach mechanisch erzeugtem Schnee» trägt, zeigt, dass die-
sen, einschliesslich der Hervorhebungen, wörtlich übernommen worden ist aus: *NZZ, 18.1.86*

Im übrigen ist die SES natürlich mit der Einfachen Anfrage ihrer Vizepräsidentin über die komplexe Kanonen-Wirtschaft vollumfänglich einverstanden.

Unbeirrt weiter so!

sda/Mit 82 gegen 47 Stimmen hat der Nationalrat in der Dezember-session 1985 einen mehrjährigen gesetzlichen Baustopp für Kernkraftwerke in der Schweiz abgelehnt. Kein AKW-Stopp, aber festgefahrene parlamentarischer. Nur gegen starke Opposition (92:40 Stimmen) wurde die Rahmenbewilligung für ein Uranlager in Würenlingen genehmigt. Nicht unbestritten blieb die gesetzliche Regelung der Einfuhr und Ausfuhr von Nukleartechnologie.

Initiativkomitee E + A aufgelöst

Knapp anderthalb Jahre nach der Abstimmung über die beiden Initiativen «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» und «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» wurde am 13. Januar 1986 das Initiativkomitee aufgelöst. Die Schlussabrechnung per Carasso vom 1. März 1986 über den Abschluss von Fr. 16905.44 (allen MithelferInnen und SpenderInnen einen grossen Dank!). Im Sinne der Statuten wird das Geld einer zielverwandten Organisation überwiesen. Die SES führt die Arbeit für eine andere und umweltgerechte Energiepolitik fort, zudem hatte sie während der ganzen Kampagne Räume, Infrastruktur und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Sämtliche Aktionen über die Kampagne und Abstimmung sind bei der SES archiviert. *rm*

Grösste Wärmepumpe der Welt

Das zurzeit grösste Wärmepumpensystem der Welt liefert in Stockholm Häuser mit Wärme aus dem Baltischen Meer. Das System wird mit der Zeit die Hälfte des gesamten Energiebedarfs von Nord-Stockholm decken. Dies entspricht dem Bedarf an Heisswasser und Heizung für 100000 Wohnungen. Die Anlage soll Ende 1986 fertiggestellt werden und aus sechs Wärmepumpen mit einer totalen Leistung von 160 MW bestehen. Die Wärmepumpen werden durch elektrische Heizung unterstützt, was weitere 160 MW liefern soll. Diese Kombinationsheizung reicht für Frühling, Sommer und Herbst. Im Winter wird ein mit Öl betriebener Boiler den Bedarf an zusätzlicher Wärme decken. (WISE)

Mühleberg-Fernwärme abgelehnt

BZ/sve. Mit 45 Nein zu 29 Ja hat der Berner Stadtrat am Donnerstag, den 30. Januar 1986, zwei bürgerliche Postulate abgelehnt, welche die Nutzung der Fernwärme aus der Deponie Teufalt und dem Kernkraftwerk Mühleberg für die Versorgung von Bern West zum Ziel hatten. Trotz einer Beschichtigung per Carasso vom 1. März 1986 über den Abschluss von Fr. 16905.44 (allen MithelferInnen und SpenderInnen einen grossen Dank!). Im Sinne der Statuten wird das Geld einer zielverwandten Organisation überwiesen. Die SES führt die Arbeit für eine andere und umweltgerechte Energiepolitik fort, zudem hatte sie während der ganzen Kampagne Räume, Infrastruktur und Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Sämtliche Aktionen über die Kampagne und Abstimmung sind bei der SES archiviert. *rm*

An der Stadtratsdiskussion überzeugte vor allem Rolf Zimmermann (SP) die Mehrheit, indem er das Vorhaben als «wirtschaftlich riskant, finanzpolitisch unakzeptabel und energiepolitisch sinnlos» bezeichnete. Argumente gegen die Fernwärme:

- Die Fernwärme komme im Vergleich zum Erdgas finanziell flach heraus: Während sie 80 Millionen Franken Investitionskosten plus weitere 20 Millionen für die privaten Hauseigentümer verschlinge, sei der Ausbau der Erdgasversorgung für die gleiche Leistung mit ganzen 9,5 Millionen Werk und 7,5 Millionen Privatinvestitionen realisierbar. Umweltpolitisch bringe die AKW-Fernwärme dem Gas gegenüber keine relevante Verbesserung.

- Langfristig könne die Stadt Bern mit Investitionsgeldern effizientere Massnahmen realisieren (so wollen wir hoffen!).

- Der Ausbau der Erdgasversorgung könne die Luftverschmutzung bedeutend rascher verringern.

Transwaal: Fernwärme für die Stadt Zürich?

TA/sve. Anfang Januar trafen sich Behörden aus Stadt und Kanton Zürich, um über das geplante Fernwärmesystem zu verhandeln, das die Abwärme der Kernkraftwerke Beznau I und II für Heizungs-zwecke nutzen will. Dabei warnte das Studienkonsortium Regionale Fernwärmeverorgung Zürich vor dem wirtschaftlichen Risiko eines solchen Projekts und riet von einer Aktienbeteiligung ab. Statt dessen plädierte es für feste Lieferungsverträge und ein eigenes Anschlussnetz.

Von Beznau würde Zürich nur Bandenergie beziehen. Als Spitzen- und Reserve-Heizwerk diene das Heizkraftwerk Aubrugg. In das Wärmeverbundsystem mitbezogen würden neben dem zürcherischen Limmattal auch die Quartiere Schwamendingen, Oerlikon und Seebach sowie das Universitätstertel. Ein Gebiet also, das bereits 1977 von der Stadt Zürich als Fernwärmegebiet ausgeschlossen worden ist.

Bis zum Sommer will das Studienkonsortium ein generelles Projekt für eine Verbindungsleitung zwischen Transwaal-Ende in Dietikon und dem Heizkraftwerk Aubrugg erarbeiten sowie ein betriebliches, finanzielles und rechtliches Konzept für eine regionale Fernwärme-Partnerschaft Zürich entwickeln. Auf kantonaler und städtischer Ebene sollen die Exekutiven im Sommer über das weitere Vorgehen beschliessen. Bis dann soll auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das gesamte Fernwärmenetz im Gebiet Zürich vorliegen. Noch vor Ende Jahr könnten Vorlagen an die Parlamente von Kanton und Stadt gehen. Zuletzt werden aber die Stimmbürger darüber zu befinden haben, ob

die Wärme aus dem Kernkraftwerk Beznau zürcherische Stuben heizen soll! Bis zu diesem Zeitpunkt werden auch die aargauischen Gemeinden und Dietikon darüber abgestimmt haben, ob die Transwaal-Hauptleitung überhaupt bis an die Zürcher Kantons-grenze geführt wird.

Kritisch gefragt ist Fristlos entlassen

«Im letzten Sommer wurden im AKW Leibstadt 42000 Kondensatorröhren ausgetauscht, nach erst zwei Jahren Betriebsdauer. Für diese Revisionsarbeiten - heisse Biez - für wenige Wochen - wurden über Temporarfirmen etwa 650 Jobber eingesetzt. (Wallraff lässt grüssen.)

Einer dieser Gelegenheitsarbeiter stand Mitte Februar vor dem Arbeitsrichter - als stützer Grund: Lohnent-schädigung wegen vorzeitiger Entlassung. Weil sich D. über die Gefährlichkeit seiner Arbeit informieren wollte, wurde er von der Basler Arbeitsvermittlungsfirma Fred King Fristlos entlassen.

Die Frage lag auf der Hand: Weshalb mussten die Röhren ausgetauscht werden? Was war schiefgelaufen? Eigentlich nichts, denn dass die 1980 eingebauten Messingröhren nichts taugen würden, das hat man in Leibstadt gewusst. Die Röhren waren aber bereits 1973 bestellt worden, zur Zeit als Messing noch allgemein üblich war. Eine Ab- und Neu-bestellung besseren Materials hätte aber die Inbetriebnahme des Stromtellers noch einmal hinauszögert. Und davon hatte man in Leibstadt weiss Gott genug.

Der erste Arbeiter wurde bereits nach der «Strahlenbe-lehrung» aufgrund einer kritischen Frage entlassen. Bei den Arbeiten im Kondensator fiel Staub an, von dem viele Jobber annahm, dass er radioaktiv verseucht sei. D.s Beharren auf Auskunfplatz - fristlos und unter Androhung polizeilicher Entfer-nung.

D. liess sich diesen Rauschschmiss nicht gefallen und reichte Klage gegen King ein. Die Aussichten auf Erfolg waren für D. nicht un-günstig: Fred King operierte mit Arbeitsverträgen, die für den Arbeitgeber einseitig auf Tagelände kündbar waren. Es kam aber nicht zur Verhandlung, weil D. am ersten Verhandlungstag im Dezember 1985 wegen einer Auto-panne in Frankreich nicht rechtzeitig erscheinen konnte.

Die Arbeit in politisch um-strittenen Betrieben, zum Beispiel in AKWs, ist immer von Politik belastet. Um einen solchen politischen Prozess ist das Gericht gerade noch einmal herumgekommen. Aber ein nächster Prozess eines Leibstadt-Jobbers gegen seinen Arbeitsvermitt-ler steht demnächst an.»

Freier Aargauer, 17.2.86

